

**Abstimmungsverhalten der vorberatenden Gremien zur Verwaltungsvorlage
„Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019“ (Drs.-Nr. 3135/2014-2020, 3135/2014-2020/1, 3210/2014-2020 u.a.)**

Gremium	Sitzung am	TOP	Besonderheiten
Sozial- und Gesundheitsausschuss	10.05.2016	1	Nur 1. Lesung
Jugendhilfeausschuss	10.05.2016	1	Nur 1. Lesung
Psychiatriebeirat	11.05.2016	3	<p><u>Beschluss zu Nr. 11 des Beschlussvorschlages der Drucks.-Nr. 3135/2014-2020:</u> Der Psychiatriebeirat empfiehlt, dass bereitzustellende Budget für Leistungen nach § 16a SGB II nicht aus den Finanzmitteln der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen umzuschichten. In der Vertragsperiode 2017 – 2019 solle zunächst die Annahme des Leistungsangebotes und die Umsetzung des neuen Systems erprobt werden.</p> <p><u>Beschluss zur 2%-igen Deckelung der Personalkosten in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2017 - 2019:</u> Der Psychiatriebeirat empfiehlt dem SGA, den Rat dazu aufzufordern, seinen Beschluss bzgl. der 2%-igen Deckelung der Personalkosten über die gesamte Vertragsdauer zu überprüfen und die Tarifsteigerungen in der tatsächlichen Höhe zu übernehmen.</p> <p>-beides jeweils bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -</p>
Bezirksvertretung Mitte	12.05.2016	12	<p>Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet im weiteren Verfahren ebenso wie die Fachausschüsse über den Stand der Umsetzung unterrichtet zu werden.</p> <p>- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -</p>
Bezirksvertretung Schil- desche	12.05.2016	11	2. Lesung für die nächste Sitzung am 9. Juni 2016 beantragt
Bezirksvertretung Stieg- horst	12.05.2016	8	<p>Die Bezirksvertretung fordert ein weiterhin uneingeschränktes Leistungsangebot und die Beibehaltung der Personalausstattung mit 1 Fachkraftstelle für das HOT Ubbedissen. - mit Mehrheit beschlossen -</p> <p>Unter Berücksichtigung des Änderungsantrags ergeht über die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 3135/2014-2020) in Verbindung mit der Nachtragsvorlage (Drucksachen-Nr. 3135/2014-2020/1) der Beschluss: - abgelehnt -</p>

Seniorenrat	18.05.2016	10	<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Bei der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, soll in Absatz Nr. 9 der Vorlage das Wort „Leistungsminderungsklausel“ durch das Wort „Leistungsveränderungsklausel“ ersetzt werden.</p> <p>- einstimmig -</p>
Bezirksvertretung Dornberg	19.05.2016	7	<p><i>Bei den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sollen den Freien Trägern künftig die tariflichen Personalkostenerhöhungen sowie die Sachkostensteigerungen wieder erstattet werden. Zudem fordert die Bezirksvertretung Dornberg den Rat auf, den Beschluss zur Deckelung der Kostenerstattung aufzuheben.</i></p> <p>- bei sechs Enthaltungen einstimmig beschlossen</p>
Bezirksvertretung Heepen	19.05.2016	12	Entsprechend der Verwaltungsvorlage beschlossen
Finanz- und Personalausschuss	24.05.2016	6.1	Keine Entscheidung zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen getroffen; diese wurde auf die nächste planmäßige Sitzung am 21.06.2016 vertagt.
Beirat für Behindertenfragen	25.05.2016	8	<p>Der Beirat für Behindertenfragen schließt sich den zuvor gefassten Beschlüssen des Psychiatriebeirates vom 11.05.2016 und des Seniorenrates vom 18.05.2016 in vollem Umfang an.</p> <p>- einstimmig beschlossen -</p> <p>Beim Abschluss der Verträge soll darauf geachtet werden, dass sämtliche Angebote inklusiv durchgeführt werden.</p> <p>- einstimmig beschlossen -</p>
Integrationsrat	25.05.2016	3	<p>„Alle Einrichtungen in den jeweiligen Leistungsbereichen haben die Aufgabe, im eigenen Zuständigkeitsbereich interkulturelle Öffnung als Qualitätsmerkmal zu implementieren. Sie berücksichtigen dabei die Vielschichtigkeit der Einwanderungsgesellschaft und richten ihre Aufgabenwahrnehmung bedarfs- und zielgruppengerecht aus.“</p> <p>-einstimmig beschlossen-</p>

<p>Sozial- und Gesundheitsausschuss</p>	<p>25.05.2016</p>	<p>3</p>	<p>Zu den <u>Voten der Beiräte</u> <u>Beschluss des Seniorenrates</u> „Bei der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung soll in Absatz Nr. 9 der Vorlage das Wort „Leistungsminderungsklausel“ durch das Wort „Leistungsveränderungsklausel“ ersetzt werden.“ - einstimmig abgelehnt –</p> <p><u>Infolge der Beschlüsse des Psychiatriebeirats und des Behindertenbeirats</u> „Die Verwaltung wird beauftragt, das Gutscheinsystem für die Angebote der Suchtberatung und der psychosozialen Betreuung nach § 16 a SBG II zu erproben. Während der Erprobungsphase werden die Gutscheine außerhalb des Systems der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen finanziert. Nach der Erprobungsphase ist eine Doppelfinanzierung auszuschließen. Die Verwaltung wird gebeten, im Sozial- und Gesundheitsausschuss über die Erfahrungen zu berichten.“ - einstimmig beschlossen –</p> <p><u>Beschluss des Beirates für Behindertenfragen</u> „Beim Abschluss der Verträge soll darauf geachtet werden, dass sämtliche Angebote inklusiv durchgeführt werden.“ -einstimmig beschlossen-</p> <p><u>Beschluss des Integrationsrates</u> Alle Einrichtungen in den jeweiligen Leistungsbereichen haben die Aufgabe, im eigenen Zuständigkeitsbereich interkulturelle Öffnung als Qualitätsmerkmal zu implementieren. Sie berücksichtigen dabei die Vielschichtigkeit der Einwanderungsgesellschaft und richten ihre Aufgabenwahrnehmung bedarfs- und zielgruppengerecht aus. -einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen-</p> <p><u>Änderungsantrag zu Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 u. 3135/2014-2020/1</u> <u>Beratungsgrundlage:</u> Drucksache: 3281/2014-2020</p> <p><u>1. Änderungsantrag der BfB dazu:</u> Absatz 1 des o.a. gemeinsamen Antrages soll wie folgt geändert werden: „Die Personalkostensteigerungen werden im Jahr 2017 im Umfang des vorliegenden Tarif-</p>
--	-------------------	----------	---

		<p>abschlusses (plus 2,35 Prozent) übernommen. Die Finanzierung der dafür notwendigen Mittel (ca. 40.000 Euro) erfolgt im Haushaltsvollzug des Dezernates 5. Die Personalkostensteigerungen in den Jahren 2018 und 2019 werden automatisch übernommen.“</p> <p>- Abstimmung des JHA: - mit Mehrheit beschlossen - - Abstimmung des SGA: - mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt</p> <p><u>2. Änderungsantrag der BfB dazu:</u> Nr. 9 der Beschlussvorlage soll um folgende Formulierung ergänzt werden: „Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst des nächsten Jahres und in den Folgejahren im Sozial- und Gesundheitsausschuss und im Jugendhilfeausschuss zu berichten, welche Erfolge oder Misserfolge zu verzeichnen waren“.</p> <p>- Abstimmung des JHA: - mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen- - Abstimmung des SGA: - mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -</p> <p><u>Abstimmung zu Drucksache:</u> 3281/2014-2020</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <ul style="list-style-type: none">• Die Personalkostensteigerungen werden im Jahr 2017 im Umfang des vorliegenden Tarifabschlusses (plus 2,35 Prozent) übernommen. Die Finanzierung der dafür notwendigen Mittel (ca. 40.000 Euro) erfolgt im Haushaltsvollzug des Dezernates 5. Die Personalkostensteigerungen in den Jahren 2018 und 2019 werden automatisch bis zu 2 Prozent übernommen, wenn der Tarifabschluss im TVöD sich in diesem Rahmen bewegt. Liegt der Tarifabschluss im TVöD in den Jahren 2018 oder 2019 über zwei Prozent, entscheidet der Rat über die Übernahme der Personalkostensteigerung.• Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) werden im Schwerpunkt von Mädchen und Jungen besucht, die von vielschichtigen Benachteiligungen betroffen sind. Die Ausrichtung der Angebote soll weiterhin diese Entwicklung aufgreifen und das Verhältnis von freizeitpädagogischen Angeboten und dem Ausgleich von Benachteiligungen immer wieder neu austarieren und im dialogischen Verfahren thematisieren. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu im Verlauf der nächsten Vertragsperiode im JHA zu berichten und einen gemeinsamen Diskurs von Politik, Trägern und
--	--	---

			<p>Verwaltung zu diesem Thema zu initiieren.</p> <ul style="list-style-type: none">• Die mobilen Angebote in der OKJA ermöglichen ein flexibles Eingehen auf die Situation in den jeweiligen Quartieren, da mit ihrer Hilfe auch Wohngebiete ohne stationäre Angebote bzw. mit sich verändernden Bedarfen bedient werden können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen verstärkt aufsuchende Arbeitsansätze praktiziert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsperiode 2017-2019 dazu zu nutzen, gemeinsam mit den Akteuren der OKJA verstärkt aufsuchende Ansätze in der Arbeit entwickeln und zu implementieren und über die Veränderungen vorab im JHA zur berichten.• Die Abstimmung zwischen der Kinder- und Jugendarbeit und der OGS ist für beide Seiten hilfreich und soll intensiviert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsperiode 2017 -2019 zu nutzen, um gemeinsam mit den Kinder- und Jugendverbänden und Trägern der OKJA sowie den Trägern der offenen Ganztagsgrundschulen ein Rahmenkonzept zu erstellen. Ziel ist es die Zusammenarbeit zwischen OKJA/Stadteileinrichtungen bzw. Stadtteilzentren und OGS weiterzuentwickeln.• Zu Punkt 3 der Beschlussvorlage – Anlage 1, 4.2.1. Der Verlagerung der Stelle HOT Ubbedissen zu Mobil Ost wird zugestimmt, wenn der Träger gewährleistet, dass<ul style="list-style-type: none">a) mit einer halben Stelle durch das Team Mobil Ost in Ubbedissen weiterhin Angebote für Jugendliche durchgeführt werden,b) die jetzigen Angebote der Jugendverbandsarbeit für Kinder weiter vorgehalten werden undc) die Ferienspiele in Abstimmung mit der OGS weiterhin stattfinden.• Zu Punkt 5 der Beschlussvorlage wird nach „weiterzuerfolgen.“ ergänzt: „Bei der quartiersorientierten Weiterentwicklung und Vernetzung der Einrichtungen werden auch die Angebote von Trägern und Institutionen, die nicht über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen finanziert werden, berücksichtigt (z. B. die Angebote von
--	--	--	---

			<p>Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften oder von Kirchengemeinden).</p> <ul style="list-style-type: none"> Zu Punkt 8: Ergänzung: Nach Abschluss der Konkretisierung der Zielsetzungen und deren Kennzahlen (12 Monat nach Vertragsabschluss) wird die Verwaltung gebeten die zuständigen Ausschüsse darüber zu informieren. <p>Abstimmung über den Antrag der Koalition (Drs.-Nr. 3281/2014-2020) unter Berücksichtigung der zuvor von dem jeweiligen Gremium beschlossenen Änderungen:</p> <p>- Abstimmung des JHA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen - - Abstimmung des SGA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -</p> <p>Beratungsgrundlage Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 u. 3135/2014-2020/1 (Verwaltungsvorlage)</p> <p>Der Jugendhilfeausschuss und der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt, unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse zu beschließen</p> <p>- Abstimmung des JHA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen - - Abstimmung des SGA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen</p>
<p>Jugendhilfeausschuss</p>	<p>25.05.2016</p>	<p>3</p>	<p>Zu den <u>Voten der Beiräte</u> siehe Sozial- und Gesundheitsausschuss</p> <p><u>Änderungsantrag zu Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 u. 3135/2014-2020/1</u> <u>Beratungsgrundlage:</u> Drucksache: 3281/2014-2020</p> <p><u>1. Änderungsantrag der BfB dazu:</u> Absatz 1 des o.a. gemeinsamen Antrages soll wie folgt geändert werden: „Die Personalkostensteigerungen werden im Jahr 2017 im Umfang des vorliegenden Tarifabschlusses (plus 2,35 Prozent) übernommen. Die Finanzierung der dafür notwendigen Mittel (ca. 40.000 Euro) erfolgt im Haushaltsvollzug des Dezernates 5. Die Personalkostenstei-</p>

		<p>gerungen in den Jahren 2018 und 2019 werden automatisch übernommen.“</p> <p>- Abstimmung des JHA: - mit Mehrheit beschlossen - - Abstimmung des SGA: - mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt</p> <p><u>2. Änderungsantrag der BfB dazu:</u> Nr. 9 der Beschlussvorlage soll um folgende Formulierung ergänzt werden: „Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst des nächsten Jahres und in den Folgejahren im Sozial- und Gesundheitsausschuss und im Jugendhilfeausschuss zu berichten, welche Erfolge oder Misserfolge zu verzeichnen waren“.</p> <p>- Abstimmung des JHA: - mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen- - Abstimmung des SGA: - mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -</p> <p><u>Abstimmung zu Drucksache:</u> 3281/2014-2020</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <ul style="list-style-type: none">• Die Personalkostensteigerungen werden im Jahr 2017 im Umfang des vorliegenden Tarifabschlusses (plus 2,35 Prozent) übernommen. Die Finanzierung der dafür notwendigen Mittel (ca. 40.000 Euro) erfolgt im Haushaltsvollzug des Dezernates 5. Die Personalkostensteigerungen in den Jahren 2018 und 2019 werden automatisch bis zu 2 Prozent übernommen, wenn der Tarifabschluss im TVöD sich in diesem Rahmen bewegt. Liegt der Tarifabschluss im TVöD in den Jahren 2018 oder 2019 über zwei Prozent, entscheidet der Rat über die Übernahme der Personalkostensteigerung.• Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) werden im Schwerpunkt von Mädchen und Jungen besucht, die von vielschichtigen Benachteiligungen betroffen sind. Die Ausrichtung der Angebote soll weiterhin diese Entwicklung aufgreifen und das Verhältnis von freizeitpädagogischen Angeboten und dem Ausgleich von Benachteiligungen immer wieder neu austarieren und im dialogischen Verfahren thematisieren. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu im Verlauf der nächsten Vertragsperiode im JHA zu berichten und einen gemeinsamen Diskurs von Politik, Trägern und Verwaltung zu diesem Thema zu initiieren.
--	--	---

			<ul style="list-style-type: none">• Die mobilen Angebote in der OKJA ermöglichen ein flexibles Eingehen auf die Situation in den jeweiligen Quartieren, da mit ihrer Hilfe auch Wohngebiete ohne stationäre Angebote bzw. mit sich verändernden Bedarfen bedient werden können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen verstärkt aufsuchende Arbeitsansätze praktiziert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsperiode 2017-2019 dazu zu nutzen, gemeinsam mit den Akteuren der OKJA verstärkt aufsuchende Ansätze in der Arbeit entwickeln und zu implementieren und über die Veränderungen vorab im JHA zur berichten.• Die Abstimmung zwischen der Kinder- und Jugendarbeit und der OGS ist für beide Seiten hilfreich und soll intensiviert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsperiode 2017 -2019 zu nutzen, um gemeinsam mit den Kinder- und Jugendverbänden und Trägern der OKJA sowie den Trägern der offenen Ganztagsgrundschulen ein Rahmenkonzept zu erstellen. Ziel ist es die Zusammenarbeit zwischen OKJA/Stadtteileinrichtungen bzw. Stadtteilzentren und OGS weiterzuentwickeln.• Zu Punkt 3 der Beschlussvorlage – Anlage 1, 4.2.1. Der Verlagerung der Stelle HOT Ubbedissen zu Mobil Ost wird zugestimmt, wenn der Träger gewährleistet, dass<ul style="list-style-type: none">d) mit einer halben Stelle durch das Team Mobil Ost in Ubbedissen weiterhin Angebote für Jugendliche durchgeführt werden,e) die jetzigen Angebote der Jugendverbandsarbeit für Kinder weiter vorgehalten werden undf) die Ferienspiele in Abstimmung mit der OGS weiterhin stattfinden.• Zu Punkt 5 der Beschlussvorlage wird nach „weiterzuverfolgen.“ ergänzt: „Bei der quartiersorientierten Weiterentwicklung und Vernetzung der Einrichtungen werden auch die Angebote von Trägern und Institutionen, die nicht über Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen finanziert werden, berücksichtigt (z. B. die Angebote von Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften oder von Kirchengemeinden).
--	--	--	--

			<ul style="list-style-type: none"> • Zu Punkt 8: Ergänzung: Nach Abschluss der Konkretisierung der Zielsetzungen und deren Kennzahlen (12 Monat nach Vertragsabschluss) wird die Verwaltung gebeten die zuständigen Ausschüsse darüber zu informieren. <p>Abstimmung über den Antrag der Koalition (Drs.-Nr. 3281/2014-2020) unter Berücksichtigung der zuvor von dem jeweiligen Gremium beschlossenen Änderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstimmung des JHA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen - - Abstimmung des SGA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen - <p>Beratungsgrundlage Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 u. 3135/2014-2020/1 (Verwaltungsvorlage)</p> <p>Der Jugendhilfeausschuss und der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt, unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse zu beschließen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstimmung des JHA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen - - Abstimmung des SGA: - abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen
<p>Fachbeirat für Mädchenarbeit</p>	<p>01.06.2016</p>	<p>6.</p>	<p>Der Fachbeirat für Mädchenarbeit sieht in dem neu beschriebenen Fachcontrolling die Chance für einen Fachdialog auf qualitativer Ebene. Durch die Trennung von Fach- und Finanzcontrolling habe die inhaltliche Ausrichtung eine Aufwertung erfahren.</p> <p>Der Fachbeirat fordert eine gerechte und der Finanzierung des öffentlichen Trägers analoge Vorgehensweise bei den Personal- und Sachkosten der Freien Träger. Die auf ein Jahr berücksichtigten und nun erhöhten Tarifsteigerungen analog der des öffentlichen Trägers seien bei weitem nicht auskömmlich und nicht gleichgestellt zur Finanzierungspraxis des öffentlichen Trägers.</p> <p>Der Fachbeirat für Mädchenarbeit schließt sich den empfehlenden Beschlussfassungen des JHA zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen am 25.05.2016 – bis auf die oben aufgeführten Forderungen – an.</p> <ul style="list-style-type: none"> - einstimmig beschlossen -

Bezirksvertretung Senne	09.06.2016	9	Verwaltungsvorlage - bei Stimmengleichheit abgelehnt -
Bezirksvertretung Schildesche 2. Lesung	09.06.2016	10	Entsprechend der Verwaltungsvorlage beschlossen
Bezirksvertretung Sennestadt	16.06.2016	8	Verwaltungsvorlage - einstimmig beschlossen -
Bezirksvertretung Jöllenbeck	16.06.2016	9	Verwaltungsvorlage – bei 4 Enthaltungen abgelehnt -